



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Thimme, Friedrich: Offener Brief an Herrn von Heydebrand und der Lase. I.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Offener Brief an Herrn von Heydebrand und der Lase

Don Dr. Friedrich Thimme

I.

Su einer Zeit, wo auch Sie die schweren und hangen Sorgen, die ein Teil unseres Volkes mit Ihnen um unsere Entwicklung nach außen und innen empfindet, in Ihrer Herforder Rede unverhüllt zum Ausdruck gebracht haben, wo Ihre Anhänger im konservativen und im alldeutschen Lager den Reichskanzler auf der einen, den Generalfeldmarschall von Hindenburg auf der anderen Seite mit Rundgebungen und Telegrammen in gleicher Richtung systematisch überschütten, in solcher Zeit wird es einem von konservativen Grundanschauungen ausgehenden Manne nicht verwehrt sein können, dem anerkannten Führer der konservativen Partei auch einmal die schweren Sorgen und Befürchtungen auszusprechen, mit denen nicht allein ihn die Entwicklung der konservativen Partei seit geraumer Zeit erfüllt. Solche Besorgnisse werden, wie ich genau weiß, von vielen, sehr vielen konservativen Männern in steigendem Maße geteilt. Wenn sie nicht schon bisher häufiger zum Ausdruck gelangt sind, so geschah es aus dem gleichen Grunde, aus dem sich wenigstens früher wahrhaft konservative Männer scheuten, die Autorität der Regierung in Frage zu stellen: man wollte, zumal in schwerer und gefährlicher Zeit, die Disziplin wahren. Nachdem aber Sie in Ihrer jüngsten großen Rede Ihre sonstige staatsmännische Zurückhaltung wenn nicht in der Form, so doch in der Sache gänzlich aufgegeben, nachdem Sie selbst Ihre Gefolgschaft ermutigt haben, die Reichsregierung als jämmerlich schwach, als fortwährend wankend und schwankend, als stetig, Tag vor Tag, vor der Sozialdemokratie zurückweichend, als haltlos zum Abgrund, letzten Endes zur Republik treibend hinzustellen und sie so jeder Achtung und Autorität zu entkleiden, können Sie nicht erwarten, daß diejenigen, die noch in der alten konservativen Tradition wurzeln, daß es eine der vornehmsten Aufgaben der kon-

servativen Partei sei, die Regierung nach aller Möglichkeit zu stützen, vor der bangen und bekümmerten Frage zurückschrecken, ob die Leitung der Partei noch in den rechten Händen ruhe, ob an ihrer Spitze statt des Führers nicht der Totengräber stehe. Sie konstatieren selbst in Ihrer Herforder Rede, daß die konservative Partei bei den Debatten über die Kriegszielinterpellationen wie im Verfassungsausschuß allein geblieben sei. In der Tat: verlassen von dem Zentrum, in dem doch so viel echt konservative Elemente vorhanden sind, verlassen von den Nationalliberalen, mit denen die konservative Partei so oft in nationalen Fragen zusammenging, verlassen sogar von der Deutschen Fraktion, zu der die nächsten Freunde und Nachbarn der Konservativen, die Freikonservativen, gehören, in vollem Unfrieden mit der Regierung, gestützt einzig und allein von einem Häuflein Alldentscher, das im Reichstage überhaupt nicht zählt und das die konservative Partei bisher mehr kompromittiert als gefördert hat, das ist eine schwere, ja beinahe verzweifelte Situation für die Konservativen, die die Frage zwingend nahelegt, ob die Partei nicht durch Sie in falsche Bahnen gelenkt sei. Ihre Herforder Rede gibt die beste Gelegenheit, dieser Frage auf den Grund zu gehen.

Ihre heutige Parteipolitik, Herr von Heydebrand, ist ganz und gar auf die vermeintliche Tatsache gestellt, daß, wie Sie sagen, „der Partei der Sozialdemokraten gegenüber nicht die Festigkeit gewahrt werde, die wir im Interesse unseres Staates, unseres Preußens und unseres Königtums für absolut notwendig halten, daß wir von Tag zu Tag ein Zurückweichen sehen, ein Zurückweichen vor Drohungen, die uns da entgegengehalten werden, daß wir ein Zurückweichen sogar sehen in den großen nationalen Zielen, die dieser gewaltige Kampf ganz von selbst vor uns aufrichtet.“ Sie setzen voraus, daß der Reichskanzler derart im Banne der Sozialdemokraten stehe, daß er ihren Zielen und Grundsätzen keinen Widerstand entgegenzusetzen vermöge, vielmehr ihnen solange nachgebe, bis sie sich alles herauszunehmen wagen dürften. Sie führen in dieser Beziehung den Scheidemannschen Ausspruch von der drohenden Revolution und den Munitionstreif in Berlin an. Selbstverständlich müssen unter den Beweisen für das stete Zurückweichen und Nachgeben gegenüber den sozialdemokratischen und überhaupt den demokratischen Tendenzen auch die Beratungen und Beschlüsse des Verfassungsausschusses des Reichstages figurieren, die nach Ihnen bis an die letzten Rechte des Kaisers und Königs tasten, die ganze Kaisergewalt, die Selbständigkeit der Einzelstaaten illusorisch zu machen geeignet seien und die ersten Stappen des Weges zur Republik bedeuten.

Aber, Herr von Heydebrand, dieses ganze Schauerngemälde, das Sie von unserer Reichsleitung und von ihrer angeblichen Schwäche gegen die Sozialdemokratie, das Sie von dieser selbst und nicht zuletzt von dem Streben des Verfassungsausschusses entwerfen, ist in allen Teilen gröblich verzeichnet und verzerrt. Sie tun zunächst dem Reichskanzler unrecht, wenn Sie ihn als ein schwankes Rohr hinstellen, das im Winde der Sozialdemokratie hin- und her-

flattere. Ausdrücklich hat der Reichskanzler in seiner Rede vom 15. Mai bestritten, daß er sich im Banne der Sozialdemokratie befinde. „Ich befinde mich im Banne keiner Partei, weder rechts noch links. Nein gewiß nicht. Ich befinde mich nur im Banne des deutschen Volkes, dem ich allein zu dienen die Ehre habe.“ War es wohlgetan, Herr von Heydebrand, trotz dieses klaren Bekenntnisses in Ihrer Herforder Rede dem Reichskanzler zu unterstellen, daß er im Banne der Sozialdemokratie stehe? War es anständig und eines vornehmen konservativen Mannes würdig, wenn zwar nicht Sie, wohl aber ein anderer konservativer Abgeordneter das Wort des Herrn von Bethmann Hollweg, daß er sich bezüglich der Kriegsziele in voller Übereinstimmung mit der obersten Heeresleitung befinde: ein Wort, das allen Zweifeln der konservativen Partei ein Ende bereiten mußte, verdächtigte? Es ist und bleibt vollkommen unwahr, daß der Reichskanzler in seiner Rede vom 15. Mai vor der Sozialdemokratie zurückgewichen sei; er hat ja auch nicht ein einziges Wort von seinen früheren Äußerungen zur Kriegszielfrage zurückgenommen. Wenn der Kanzler es unterlassen hat, sein Kriegszielprogramm deutlich zu umreißen, so findet das in der Rücksicht auf die glückliche Beendigung des Krieges seine volle Berechtigung. Eine solche Erklärung könnte uns doch einem Ende des Krieges, wie Sie es wünschen, schlechterdings nicht näher führen. In Ihrem Sinne hätte sie höchstens „diese pflaumenweichen internationalen Verbrüderungsideen, die jetzt das Zeichen der Zukunft sein sollen“, erschweren können. Man kann in der Tat sehr zweifelhaft sein, ob bei der Stockholmer Sozialistenkonferenz, auf die Sie damit anspielen, viel herauskommen wird. Aber es wäre doch wirklich töricht, auf irgendein Mittel zu verzichten, das der Kriegsraserei ein Ende bereiten könnte. Ich halte es völlig mit dem Herausgeber dieser Zeitschrift, der in seinem sympathischen Aufsatz: „Sozialistische Friedensvorbereitung“ (Nr. 19 vom 9. Mai) schreibt: „Nach Lage der Dinge könnte kein noch so konservativer Mann aus den Reihen der Alldeutschen, der für sich die Bezeichnung eines Staatsmannes in Anspruch nähme, auf die Mitwirkung der Sozialdemokraten zur Friedensvorbereitung verzichten.“ Er könnte und dürfte es schon deshalb nicht, weil unser Sieg so absolut gewiß, wie Sie es auf Grund nicht ganz richtig interpretierter Worte Hindenburgs hinstellen zu können glauben, eben nicht feststehen kann. Vermögen wir heute etwa schon mit voller Gewißheit zu sagen, daß wir England in den beiden Monaten, die uns noch von der Ernte trennen, mit Hilfe unserer Tauchboote auf die Knie zwingen werden? Können wir aber England in dieser kurzen Frist nicht zu einem „Hindenburgfrieden“ nötigen, vermag England sich aus seiner eigenen Ernte auch nur für einige weitere Monate zu verproviantieren, so ist das endliche Ergebnis des Krieges, das doch auch für uns den einen und den anderen nicht ganz sicheren Faktor, z. B. die eigene Ernte, die eigene moralische Nervenkraft und die unserer Verbündeten aufweist, kaum mit der apodiktischen Sicherheit, wie Sie es tun, vorherzusagen. Sie werden mich nicht falsch verstehen: auch ich hoffe und erwarte

den vollen Sieg mit meinem ganzen Herzen und mit starker Zuversicht. Ein kluger Staatsmann aber, das hat uns kein Geringerer als Bismarck gelehrt, wird selbst auf dem Zenith seiner Erfolge immer noch die Möglichkeit eines entgleitenden Sieges in Rechnung stellen, und er wird darum jede Eventualität, jede Chance auf das sorgsamste und vorsichtigste auch für diesen Fall abwägen. Daß auch ein Bismarck die Chancen, die sich aus den Stockholmer Konferenzen immerhin für uns ergeben können, wahrnehmen würde, darf mit großer Wahrscheinlichkeit behauptet werden. Und wenn durch sie weiter nichts erreicht würde, als daß der Sinn der Ententevölker immer mehr auf Friede und Verständigung gelenkt, so wäre damit schon manches, wäre viel gewonnen. Irrt ich nicht, so haben unsere Sozialdemokraten, indem sie in ihrem viel und auch nach meiner Ansicht mit Recht angefochtenen Parteibeschluß das Verlangen nach einem Frieden ohne Erwerbungen und Entschädigungen aufgestellt haben, vor allem auch bezweckt, erst einmal die Friedensverhandlungen in Fluß zu bringen. Daß der „Scheidemannfrieden“ nicht jede Grenzberichtigung (und wohl auch nicht jede Entschädigung), wenn sie nur durch Verständigung der beteiligten Völker erzielt werde, ausschließen solle, hat Scheidemann ja selbst am 15. Mai von neuem bezeugt.

An dem guten Glauben und dem festen Willen unserer Sozialdemokraten, unter allen Umständen das Beste auch und gerade des deutschen Volkes zu erstreben, sollte überhaupt kein deutscher, kein konservativer Mann zweifeln dürfen. Selbstverständlich ist damit nicht derjenige Teil der Sozialdemokratie gemeint, der den tiefbedauerlichen Munitionstreik in Berlin begünstigt hat. In der Charakteristik dieses Streiks als eines fluchwürdigen Verbrechens gegen unser Volk und unser Heer stimme ich völlig mit Ihnen überein. Wenn Sie aber diesen Streik gegen die ganze Sozialdemokratie und — selbstverständlich — auch gegen die Reichsleitung glauben ausspielen zu dürfen, auf deren Politik des allgemeinen Zurückweichens und Entgegenkommens Sie auch hier die eigentliche Schuld abwälzen wollen, so ignorieren Sie einmal absichtlich, daß der Reichskanzler in seinem Schreiben an die Bundesregierungen vom 25. April schon vor dem Groenerschen Aufruf mit aller Energie gegen jene „verbrecherischen Machenschaften“ angekämpft hat, und Sie ignorieren weiter die heißen Bemühungen des Gros der sozialdemokratischen Führer, darunter nicht zuletzt Scheidemanns, und der Gewerkschaftsleiter, den Streik zu verhindern und nach seinem dennoch erfolgten Ausbruch einzudämmen. Es ist doch nicht so, daß die Stellung der Arbeiterschaft gleich eine andere geworden sei, als sie sah, daß die Gegenseite oben zu handeln entschlossen sei; im Gegenteil hat der Groenersche Aufruf an die Rüstungsarbeiter eher einen ungünstigen Eindruck in den beteiligten Kreisen hervorgerufen. Das Hauptverdienst an der raschen Beilegung des Streiks, oder um es vorsichtiger auszudrücken, ein Hauptverdienst gebührt den Tag und Nacht fortgesetzten Anstrengungen der Partei- und Gewerkschafts-

führer um die Beilegung des Streiks*). Hier zeigt sich in Wahrheit, wie völlig fern der überwältigenden Mehrzahl der Sozialdemokratie der Gedanken an eine Revolution lag und liegt.

Aber die Scheidemannsche „Revolutionsdrohung“, werden Sie einwerfen. Nun, ich billige diese sehr deplazierte Äußerung gewiß so wenig wie Sie. Aber es ist illoyal, die Worte des sozialdemokratischen Führers, wie es ganz allgemein in der konservativen Presse geschehen ist und täglich noch geschieht, als eine Drohung auszuschlachten, nachdem von beteiligter sozialdemokratischer Seite festgestellt worden ist, daß nicht eine Drohung, sondern nur eine Warnung habe ausgesprochen werden sollen. Wohin es führt, wenn man eine solche Äußerung, der maßgebenden Interpretation ihres Urhebers zuwider, zu Parteizwecken strupellos ausnutzt, das haben Sie inzwischen aus der Publikation des Gebfattleschen und des Bodelschwingschen Briefwechsels ersehen können. Ich kann Sie nur dringend bitten, Ihren ganzen Einfluß auf die konservative und die alldeutsche Presse dahin auszuüben, daß die Scheidemannsche „Revolutionsdrohung“ nicht weiter ausgebeutet werde; nie wird sonst die konservative Presse, was immer auch mit Recht gegen eine Gleichstellung der alldeutsch-konservativen Führer mit Scheidemann eingewendet werden mag, den Vorwurf des Pharisäertums los werden. Gerade die „Deutsche Tageszeitung“, die sich so wütend gegen eine Gleichsetzung der Gebfattel-Bodelschwingschen und der Scheidemannschen Äußerungen verwahrt, sollte nicht vergessen, daß in landwirtschaftlichen Kreisen, wenn die Regierung einmal nicht so wie die Agrarier will, leicht die Faust drohend geballt zu werden pflegt. Noch in aller Gedächtnis ist ja der Aufruf des schlesischen Rittergutspächters Ruprecht aus dem Jahre 1893, der den Anstoß zu der Gründung des Bundes der Landwirte gegeben hat: er schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß die Landwirte alle unter die Sozialdemokraten gingen! Drastischer noch sind die „Stimmungsbilder aus landwirtschaftlichen Kreisen“, die die „Kreuzzeitung“ am 24. November 1893 veröffentlichte; in ihnen wird klar und unverhüllt damit gedroht, daß die an Allerhöchster Stelle gebilligte Caprivische Handelsvertragspolitik zur Folge haben müsse, daß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Liebe zum Königshause in erschreckendem Maße abnehme. Einige Bemerkungen aus diesen Stimmungsbildern mögen gerade im Hinblick auf die heutige Situation in die Erinnerung zurückgerufen werden. „Opfern wir den Russen jetzt“, so hieß es mit Bezug auf den russischen Handelsvertrag, „die ganze Landwirtschaft mit zwanzig Millionen Menschen, na, dann wollen wir doch schnell auch mit den Franzosen Frieden machen, die verlangen ja viel weniger, bloß das Bißchen Elsaß-Lothringen mit den paar Millionen Menschen darin, die uns nicht mal viel nützen. — Das sind schöne Ansichten, die da aus Preußens königstreuestem Winkel klingen! Ja, Gott sei es geklagt, aber sie

*) Es mag hier auf den wahrhaft eindringlichen Aufsatz von Konrad Haenisch „In ernster Stunde“ („Hamburger Echo“ vom 1. Mai) verwiesen werden.

werden auf jeder Straße gepfiffen, und wenn jedes Herz genau geprüft würde, so würde Bebel jubeln; denn er würde hoffen, daß in einem Jahre drei Viertel aller deutschen Landwirte sein werden. . . Wir müssen den Handelsvertrag mit Österreich und Italien zerreißen, und wenn's mit dem Schwert in der Faust sein muß! Besser ein ehrlicher Kampf auf Tod und Leben, als dies Verhungern bei lebendigem Leibe.“

Ich könnte, Herr von Heydebrand, solchen Äußerungen noch viele andere, noch ungleich drastischere, an die Seite reihen. Auch solche Äußerungen von konservativer Seite, ja von konservativen Führern, die sich mit größter Schärfe direkt gegen die Person des Kaisers richten, und die immerhin gegen das von Ihnen ausgegrabene Wort Scheidemanns von dem Wortbruch als einer Tradition des in Preußen regierenden Hauses aufgewogen werden könnten. Aber vielleicht werden Sie mir jetzt zugestehen, daß aus solchen Äußerungen, mögen sie nun lange zurückliegen oder aus jüngster Zeit stammen — und wenigstens aus dem Ihnen nahestehenden alldeutschen Lager ist auch leztthin so mancher antikaiserliche Laut erschallt — nicht zu weitgehende Schlüsse gezogen werden sollten. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, so lautet ein ernstes und beherzigenswertes Gebot der Bibel. Und daß die Sozialdemokraten in ihrer größten Mehrzahl während des Krieges sich in den Grenzen und den Pflichten gehalten haben, die ihnen dieser Daseinskampf ganz von selbst auferlegt, das haben auch Sie in Ihrer Herforder Rede unumwunden zugestehen müssen. Mich dünkt, das ist etwas so Großes und im Hinblick auf die ganze Situation vor dem Kriege etwas so Unerwartetes, es fällt für die glückliche Beendigung des Krieges auch so schwer und entscheidend in die Waagschale, daß ein Entgegenkommen gegen die Wünsche der Sozialdemokratie, eine sorgfältige Berücksichtigung ihrer Ansichten innerhalb der durch die Wohlfahrt und die Zukunft des deutschen Volkes gezogenen Grenzen, selbstverständlich ist und der Reichsleitung nicht als Schwäche, sondern als Weisheit ausgelegt werden sollte. Auch Sie wollen ja nicht alles und jedes Entgegenkommen ausgeschlossen sehen; ausdrücklich und wiederholt betonen Sie selbst, daß man allen unseren deutschen und preußischen Staatsbürgern, auch den arbeitenden Volksklassen, in allen ihren Interessen und in dem, was sie zu beanspruchen haben, entgegenkomme, ihnen auch in einer Weise begegne, die nicht vergeffe, daß sie eins mit uns sind und mit uns jetzt zusammenstehen. Aber freilich von irgendwelchen noch so bescheidenen Reformen verlautet in Ihrer Herforder Rede auch nicht ein Wort. Sie sagen nichts von der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, die unser Kaiser schon in den Februarerlassen zu einem Grundprinzip unseres sozialen Königtums erhoben hat, kein Wort von einer durchgreifenden Reform des preußischen Wahlrechts, kein Wort von einer Beseitigung des unglückseligen § 153 der Gewerbeordnung, die unserer Arbeiterschaft, und keineswegs bloß der sozialdemokratischen, am Herzen liegt; Sie bieten der Arbeiterschaft überhaupt auch nicht einen einzigen Strohhalme. Mit voller Schärfe und

Leidenschaft wenden Sie sich dagegen gegen die Reformen und Verfassungsänderungen, die der Verfassungsausschuß des Reichstags in Vorschlag gebracht hat. Auf die Reichsleitung häufen Sie die schwersten Vorwürfe, weil sie dem Verfassungsausschuß nicht von vornherein in der Art der Kaiserlichen Botschaft von 1885 entgegengetreten sei. Nun, wenn man die Debatten nachliest, die sich damals an den Versuch des Reichstags knüpften, die von der preussischen Regierung im großen Maße verfügten polnischen Ausweisungen in den Bereich seiner Cognition zu ziehen, so gewinnt man doch den Eindruck, als ob Bismarck ein wenig mit Kanonen nach Spazern geschossen und mit Unrecht einen Einbruch in ein preussisches Landeshoheitsrecht besorgt habe. Noch weniger aber hat der Verfassungsausschuß jetzt einen solchen Einbruch unternommen; im Gegenteil, es ist bereits ganz offensichtlich geworden, daß die Majorität des Verfassungsausschusses für ein Eingreifen in die einzelstaatlichen Verhältnisse, etwa in der Wahlrechtsfrage, nicht zu haben ist. Was für einen Grund hätte also die Reichsleitung gehabt, von der Bismarckschen Norm abzugehen, wonach die Regierung zu Initiativanträgen aus dem Plenum oder gar aus den Kommissionen der Parlamente nicht ohne gründlichste Prüfung und ohne Beschlußfassung der verbündeten Regierungen Stellung zu nehmen pflegt. Waren denn die von dem Verfassungsausschuß beschlossenen Änderungen der Verfassung so grundstürzender Natur, daß hier gleich eingegriffen werden mußte? Ich wage es, diese Frage auch von einem konservativen Standpunkte aus, der alles wirklich Bewährte und Wesentliche, aber auch nur dieses festzuhalten wünscht, entschieden zu bestreiten. Nicht, daß mir alle Beschlüsse des Ausschusses sympathisch wären. An die Frage über die Ernennung der Offiziere unter Gegenzeichnung des Kriegsministers hätte ganz gewiß mitten in der Kriegszeit nicht gerührt werden sollen. Es hätte vielmehr ruhig abgewartet werden dürfen, ob der höchste Kriegsherr aus den Erfahrungen des Krieges, die doch auch die Frage dringend nahelegen, ob nicht besser jeder Schein eines militärischen Absolutismus beseitigt würde, nicht die Konsequenz gezogen hätte, den Zustand, wie er bis 1883 bestand, also die Unterstellung des Militärkabinetts unter das Kriegsministerium, wiederherzustellen. Davon aber, daß der Verfassungsausschuß dem Reichstag ein maßgebendes Recht bei der Ernennung der Offiziere habe zuweisen, daß er, wie man tagtäglich in konservativen und alldeutschen Zeitungen liest, dem Kaiser einen Teil seiner Kommandogewalt habe nehmen, ein Parlamentsheer schaffen wollen, kann doch gar keine Rede sein. Ebenso falsch ist es, daß dem Kaiser durch die Einführung des Staatsgerichtshofs das Recht, den Reichskanzler zu ernennen und zu entlassen, genommen werden solle. Sie fragen: „Wenn es jetzt Mode werden sollte, daß ein solcher Gerichtshof, noch dazu auf Antrag des Reichstages, zu entscheiden hat, ob der Kanzler bleiben kann oder nicht, wo bleibt dann die Kaisergewalt.“ Nun, Sie wissen ganz genau, Herr von Heydebrand, daß die Einführung eines solchen Staatsgerichtshofs nicht viel mehr als ornamentale Bedeutung hat, daß auch da, wo er seit langen

Jahren besteht, wie in Württemberg, eine praktische Folge aus solchem Bestehen sich nicht ergeben hat. Und ehrlicherweise werden Sie auch zugeben müssen, daß eine solche Heße gegen den Kanzler, wie sie seit Jahr und Tag von alldeutschen und leider auch von konservativen Blättern getrieben wird, eine Heße, die doch ganz offensichtlich darauf ausgeht, auf den Kaiser einen Druck in der Richtung der Entlassung des Kanzlers auszuüben, die Kaiser-gewalt ganz anders in Frage stellt, wie ein doch kaum in Wirksamkeit tretender Verfassungsparagraph. Vor geraumer Zeit las man in einem alldeutschen Blatte die Aufforderung, man solle es doch machen wie 1892, wo die leidenschaftliche Agitation gegen den Volksschulgesetzentwurf den Kaiser zu der Entlassung Caprivi's genötigt habe! Die Reminiszenz ist ja nicht ganz richtig; nicht den verhaßten Kanzler Caprivi, sondern den gut konservativen Kultusminister Graf Zedlitz hat jene „vorbildliche“ Heße zu Fall gebracht. Mir scheint, gerade dies Beispiel könne den Konservativen eine Lehre geben. Wohin soll es kommen, wenn jedem mißliebigen Minister auf dem Wege einer zügellosen Agitation der Ministerfaden abgeschnitten werden kann und darf? Schon einmal, Herr von Heydebrand, habe ich in diesen Blättern an Sie appelliert (Nr. 3 vom 17. Januar): „Hätte nicht gerade die konservative Partei jetzt die Verpflichtung, für das bedrohte Recht des Kaisers, an dem Mann seiner Wahl und seines Vertrauens festzuhalten, mit aller Schärfe und Bestimmtheit, auch gegenüber den Heißspornen der eigenen Partei einzutreten?“ Ich wiederhole heute diesen Appell mit aller Dringlichkeit. Wird die konservative Partei jemals wieder als Hüterin der Kronrechte mit moralischem Recht auftreten können, wenn sie hier nicht jedem Druck auf den Kaiser entgegentritt?

Wenn Sie weiter in Ihrer Herforder Rede angesichts der Beschlüsse des Verfassungsausschusses fragen: Wo bleibt da die Selbständigkeit der Einzelstaaten? Wo bleibt da insbesondere unser altes Preußen? so werden Sie bei ruhiger Ueberlegung sich doch wiederum sagen müssen, daß eine solche Frage weit über das Ziel hinauschießt. Es ist gar nicht an dem, daß der Ausschuß Beschlüsse gefaßt hat, wonach an die Stelle der Staatssekretäre des Reiches förmliche Reichsminister treten sollen. Und selbst wenn ein solcher Beschluß vorläge, so würde Preußen damit noch lange nicht in seinem innersten Kern getroffen. Wie? Preußen hat im Jahre 1848 den gewaltigen Sprung vom absoluten zum konstitutionellen Staate getan, Preußen hat durch die Bundesverträge von 1867 und 1871 seine Staatsouveränität um des größeren Ganzen willen mannigfach einschränken und begrenzen lassen, und es hat sich stets nur höher gereckt, es ist trotz aller tiefgreifenden Veränderungen immer unser altes Preußen geblieben. Und jetzt sollte die Ernennung von Reichsministern, die wie gesagt, nicht einmal beschlossen ist, unserem alten Preußen den Garaus bereiten? Jetzt soll es, wenn es auf dem vom Verfassungsausschuß eingeschlagenen Wege weiter geht, bald dahin kommen: „Dann haben wir den deutschen Einheitsstaat, dann gibt es kein Preußen mehr, dann gibt es keine

monarchische Gewalt mehr, dann gibt es am letzten Ende die Republik?" Nun, Herr von Heydebrand, wenn das die Sorge ist, die Sie beklemmt, die Ihnen das Herz schwer macht, so brauchen Sie nur einen Blick in die neuere preußische Geschichte zu werfen, um dieser Sorge entledigt zu werden. Daß die Einführung von Reichsministern oder irgendeiner der sonstigen Beschlüsse des Verfassungsausschusses den Bestand Preußens, den Bestand der Monarchie gefährden könnten, das ist ganz ausgeschlossen. Eine viel näherliegende Frage wäre es, ob nicht ein starres Festhalten an den überlieferten Formen weit eher eine monarchische Regierung gefährden könne. In Rußland ist doch der jähe Sturz der Monarchie nicht etwa deshalb erfolgt, weil der Zar und seine Berater nach Art des deutschen Reichskanzlers den demokratischen Tendenzen mehr und immer mehr nachgegeben hätten, sondern im Gegenteil nicht zuletzt deshalb, weil sie reaktionären Tendenzen huldigten, weil sie sich mit aller Gewalt einer freien Mitwirkung eines freien Volkes widersetzen. Unser Kaiser- und Königtum hat doch wahrlich das bessere Teil erwählt, indem es für die freie und freudige Mitwirkung aller Glieder unseres Volkes Raum schaffen will. Ihm eifert jetzt das österreichisch-ungarische Kaiser- und Königtum nach, indem es in der jüngsten Thronrede den „Geist jener wahren Demokratie“ proklamiert, die gerade während der Stürme des Weltkrieges in den Leistungen des gesamten Volkes an der Front und daheim die Feuerprobe wunderbar bestanden hat. Auf diesem Wege hat die Monarchie, die ganz gewiß darum nicht zu einem Schattenkaisertum herabzusinken braucht, vielmehr erst recht die Führung in allen Reformen haben und behalten könnte, keinerlei wirkliche Gefahren zu befürchten; ein wahres Volkskönigtum, und das ist das Hohenzollernhaus in dem Kriege und durch den Krieg immer mehr geworden, ruht so sicher wie in Abrahams Schooße! Auch die konservative Partei brauchte, wenn sie mit Freudigkeit dem kaiserlichen Rufe, wie er in der Osterbotschaft erschallt ist, und sicherlich bald von neuem erschallen wird, für ihren Bestand und für ihren Einfluß nichts zu besorgen. Wenn Sie in diesem Sinne, Herr von Heydebrand, Ihren Ruf wiederholen: „Wir erwarten, daß der König uns ruft. Hier sind wir“; dann, aber auch nur dann vermögen wir an eine große Zukunft der konservativen Partei zu glauben. Andernfalls aber müßte, das darf in einer Fortsetzung dieses Briefes dargelegt werden, die Isolierung, in der sich die konservative Partei nach Ihrem eigenen Zugeständnis schon jetzt befindet, zum vollen Ruin werden. Eine konservative Partei, die sich dauernd dem Rufe des Monarchen entzieht, die ist keine konservative Partei mehr!

